

Inhalt

Dezember 2007

Vorwort	2
Termine	3
Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	4
Die neuen Vorstandsmitglieder	5
Bundesdelegiertenkonferenz, Mentoringprogramm	6
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Neue Initiativen, Tschüss Dieter	7
• Bürgermeisterstellen, Interview mit Dorothea Polle-Holl	8
• Besuch in Temeswar	9
• Buga-Konzept umsetzen, Zugeständnisse der EnBW	10
Aus der Landtagsfraktion:	
• Haushaltsberatungen nur bei der CDU, Nordtangente-Ost	11
• Hungerige Kinder, Maikäfer, Gentechnik	12
• Pressemitteilungen und Initiativen	13
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Asse 2, Klima	14
• Wasserverseuchung durch Asse, Umweltgesetze	15
Kontakte	16

Liebe FreundInnen,

die KMV hat einen neuen Vorstand gewählt. Die Vorstellung des neuen Vorstands findet Ihr weiter hinten im Rundbrief. Auf diesem Wege möchte ich Euch im Namen des Vorstands für das Vertrauen bedanken, das Ihr mit Eurer Wahl in uns gesetzt habt. Viel Arbeit liegt vor uns in den nächsten beiden Jahren und bis zur nächsten Vorstandswahl sind Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen zu bewältigen. Dafür brauchen wir eine möglichst breite Unterstützung. Noch einmal bedanken wollen wir uns natürlich auch bei den scheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre hervorragende Arbeit in den letzten Jahren.

A propos Unterstützung: In Ettlingen soll, wie schon 2006, ein Aufmarsch von Neonazis stattfinden. Es bleibt zu hoffen, dass es auch dieses Jahr wieder gelingt, den Aufmarsch mit Rechtsmitteln zu verhindern. Nichtsdestotrotz sollten wir die Gegendemonstration nicht nur per Unterzeichnen des Aufrufs unterstützen – wie wir und die MDLs, unsere MdB und auch Claudia Roth tun –, sondern durchaus durch Anwesenheit. Die Naziszene in und um Karlsruhe ist durchaus rührig und aktiv, das zeigt nicht zuletzt der erneute Versuch, in Ettlingen einen Aufmarsch durchzuführen. Hinter den „Freien Kräften Karlsruhe“ verbergen sich bundesweit bekannte Neonazis aus Ettlingen und Umgebung, die zunehmend durch Gewalt- und Propagandadelik-

te auffielen. Es wäre schön, wenn der eine oder die andere am 1. Dezember in Ettlingen sein könnte und so die Gegendemonstration unterstützt und wir gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus setzen.

Wenn Ihr den Rundbrief in den Händen haltet, ist die BDK für dieses Jahr schon vorbei. Während ich das Vorwort schreibe, wird sie in Bälde beginnen. Seit dem Göttinger Parteitag auf Bundesebene und dem Heilbronner Landesparteitag scheint die Debatte an sich in der Partei wieder an Kraft zu gewinnen. Das ist gut so. Denn allzu lange schien die Priorität darauf ausgerichtet zu sein, die von außen aufgepfropfte vermeintliche Regierungsfähigkeit zu erhalten oder keine negativen Schlagzeilen zu produzieren. Natürlich ist in einer Mediendemokratie wichtig, die Außenwirkung zu beachten, aber gleichzeitig braucht doch gerade eine Partei wie die unsere Visionen und kann sich – mit spitzer Feder formuliert – nicht das Programm vom „Spiegel“ schreiben lassen.

Die Debatte über den richtigen Weg aus der sozialpolitischen Sackgasse wird mit Göttingen nicht beendet sein. Ob Grundsicherung oder Grundeinkommen als Parole und sozialpolitischem Ziel ausgegeben werden, wird die Diskussionen weder für die eine noch andere Gruppe beenden – in wenigen Monaten beginnen

die Debatten um die Wahlprogramme. Neben allen Vorstellungen muss aber dabei beachtet werden, dass – egal ob derzeit

mangels Regierungsbeteiligung durchsetzbar oder nicht – die Hilfeempfänger im Fokus der Überlegungen stehen. Die Menschen nehmen in dieser Debatte schon wahr, ob wir sie oder andere Pfründe im Blick haben. Insofern sind neben allen Programmatiken klare Hilfen auf allen Ebenen geradezu zwingend. Wir sollten die Augen öffnen und überlegen, wo wir (auf unserer Ebene) weiter helfen können – von kostenlosen Mittagessenangeboten in Schulen bis hin zu „Tafeln für Schreibwaren“ für bedürftige Kinder, die sich sonst vielleicht noch nicht einmal einen vernünftigen Kugelschreiber/Füller, Schreibblock oder Lineal leisten können. Denn egal, was wir in Göttingen beschlossen haben werden – die konkrete Zwangslage ist für viele jetzt und hier aktuell und bedarf der Abhilfe.



Jörg Rupp

Demo gegen Rechts

Am Samstag, 1.12. planen Rechtsextremisten einen Aufmarsch in Ettlingen.
Ein breites Bündnis, darunter die Grünen Kreisverbände der Region, rufen zur Gegendemo auf.
Ort und Zeit stehen noch nicht fest - Informationen unter www.ettlingen.antifa-buendnis-ka.de

Erörterungstermin zu StoraEnso-Kohle+Müll-Kraftwerk

ab 4.12. 09:30 in der Sängerknienhalle Knielingen, Untere Str. 44a
17:15 Uhr Treffen aller, die erst nach der Arbeit teilnehmen können

AK Klima - Infostand in der Fußgängerzone

am 4.12. wird der AK Klima voraussichtlich gemeinsam mit dem Aktionsbündnis "Saubere Luft Region Karlsruhe" einen Infostand bei der Herrenstraße veranstalten.

Genauer wird noch auf der Homepage des KV bekannt gegeben, wer mitmachen möchte oder Infos benötigt bitte an Mitja.Weinert@gmx.de wenden.

Arbeitskreis Frauen

Themen: Was hat sich 2007 frauenpolitisch getan; Diskussion über kommunalen Frauenrat
am 12.12. 19:00h (vor der Mitgliederversammlung) in der Festhalle Durlach, Kanzlerstr. 13

Achtung! Anderer Ort! Festhalle Durlach, Kanzlerstr. 13 !! Mitgliederversammlung ist am Mittwoch, 12.12. um 20 Uhr

Tagesordnung:

- Vortrag "Entwicklungspolitische Verantwortung von Stadt und Land" von Michael Borner und Gisela Splett
- Michael Borner referiert zum Gemeinderats-Antrag "Grabsteine ohne Kinderarbeit"
- Finanzantrag Veranstaltung "Steigende Strompreise - günstiger Ökostrom?"
- Bericht von der BDK in Nürnberg
- Informationen zu Sherpa, der neuen Mitgliederverwaltungssoftware
- allg. politische Debatte

Die Januar-MV ist am Mittwoch, 09.01. um 20 Uhr

Tagesordnung:

- Bericht aus Berlin mit Sylvia Kotting-Uhl
- allgemeine politische Debatte

AK Klima - Treffen

u.a. mit einem Referat zum Thema: Bio-Kraftstoffe der 1.Generation:
Welche Pflanzen für welche Kraftstoffe, Herstellung, Auswirkung der Besteuerung
am Mittwoch, 23.1.2008 im Grünen Büro, Sophienstr. 58

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 14.11.2007

Leitung: Markus Ryll,

Protokoll: Tanja Kluth

TOP 0: Vorstellungsrunde

und Vorstellung der Tagesordnung

TOP 1: Rechenschaftsberichte

Finanzen: Thomas Krause berichtet, dass die Wahlkämpfe 2006 die Finanzen erwartungsgemäß stark belastet haben, im Jahr 2007 konnte wieder etwas Vermögen angesammelt werden, welches für die nächsten Wahlkämpfe auch dringend benötigt wird.

Politisch: Tanja Kluth: Das Jahr 2006 wurde von Landtags- und Oberbürgermeister-Wahl geprägt. Im Rahmen dieser Wahlkämpfe fanden zahlreiche Veranstaltungen und Infostände statt, viele Promis haben Karlsruhe besucht. Sabine Just-Höpfinger: 2007 stand unter dem Zeichen des Themas "Klimawandel" und "Gentechnik"; auch hierzu gab es viele Veranstaltungen und Infostände. Besonders den Bau des Kohlekraftwerks zu verhindern, liegt uns sehr am Herzen. Markus Ryll berichtet über die Verwaltungsarbeit des Vorstands und stellt die Ideen vor, die noch nicht umgesetzt sind: Überarbeitung von Finanzplanung / Haushalt, Erarbeitung einer Lösung für mittellose Mitglieder, Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Fraktion. Michael Gast berichtet über die MV-Themen wie z. B. die MV mit einem Gast über die Situation Homosexueller in Polen. Außerdem über den gut gelungenen Lauf für Kinderrechte.

Dankesworte an Sabine und Thomas spricht Anke Weidlich, Tanja bedankt sich bei Michael und Markus.

Die Entlastung des Kassierers erfolgt einstimmig (18 Ja-Stimmen bei 23 Wahlberechtigten; Vorstand stimmt nicht mit ab).

Der restliche Vorstand wird mit einer Enthaltung entlastet (17 Ja, 1 Enth., Vorstand stimmt nicht mit ab).

TOP 2: Vorstandswahlen

Amt des Kassierers und Aufgaben des Vorstands werden kurz vorgestellt.

Es stellt sich als schwierig heraus eine(n) Kassierer(in) zu finden.

Kandidaten (genaue Vorstellung siehe Heft):

- Istvan Pinter, 67, Chemiker i.R. bei der LFU

- Anke Weidlich, 30, Vorstandsmitglied 2005-2007, Mitarbeiterin der Uni Mannheim, Institut für ABWL u. WI

- Jörg Rupp, 41, Mitglied bei den Grünen seit 1988 und Sprecher der LAG Ökologie, freiberuflicher Dozent

- Uta van Hoff, Mitarbeiterin im DGB und engagiert im Stadtjugendausschuss

- Tanja Kluth, 31, im Vorstand seit 2005, Durlach seit 2004, hat an der PH Karlsruhe studiert

- Christian Schmid-Schönbein, 30, seit 2 Jahren in Karlsruhe, arbeitet für Bosch in Bühl

Als Kassiererin kandidiert **Anke Weidlich** und wird einstimmig (23 Stimmen von 23 Wahlberechtigten) gewählt.

Zwei Frauenplätze nach Minderheitenwahlrecht: 1. Wahlgang: Uta 18, Tanja 4, 1 ungültige Stimme. Damit ist **Uta van Hoff** gewählt.

2. Wahlgang: Tanja 21, 1 nein, 1 ungültige. Damit ist **Tanja Saini** gewählt.

Drei offene Plätze, zwei Wahlgänge (Minderheitenwahlrecht)

1. Wahlgang - jeder hat 2 Stimmen: Istvan: 19, Christian: 17, Jörg: 6; damit sind **Istvan Pinter** und **Christian Schmid-Schönbein** gewählt.

2. Wahlgang Jörg: 15, Nein: 5, ungültig/Enth: 3. Damit ist **Jörg Rupp** gewählt.

Alle nehmen die Wahl an.

TOP 3: Podiumsdiskussion zum Thema Ökostrom

... ist am 29.11.2007 um 19:30 Uhr im Walhalla geplant.

Finanzierung ist ein wenig schwierig, evtl. Spenden oder Finanzantrag für Dezember?

Meinungsbild: Mehrheit für Finanzantrag im Dezember.

Der Vorstand wird darauf hingewiesen, dass Finanzanträge rechtzeitig angekündigt werden müssen.

TOP 4: Bericht von der Landesdelegiertenkonferenz

Ulrike berichtet über die Anträge der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen; Alexander über die Diskussion Grundsicherung vs. Grundeinkommen.

TOP 5: BDK 23.-25.11. in Nürnberg

Einladung und Anträge können im Büro angesehen werden.

Als Ersatzdelegierte wird Sylvia Kottling-Uhl per Akklamation nachgewählt.

Die neuen Vorstandsmitglieder

Uta van Hoffs

... ist Jahrgang 1964 und hat zwei Söhne. Sie engagiert sich seit vielen Jahren in den Bereichen Jugend, Familie und Sozia-



les. Sie ist unter anderem Mitglied in der Kommission Bildung des Landesjugendrings sowie im Jugendhilfeausschuss und im Vorstand des Stadtjugendausschusses. Sie

bringt mit ihrem beruflichen Hintergrund als Mitarbeiterin des DGB eine „gewerkschaftliche“ Note in den grünen Kreisverband.

Ihre Interessenschwerpunkte sind Jugend und Bildung.

Istvan Pinter

Privat und beruflich:

Istvan ist 1940 in Budapest geboren. Verließ Ungarn 1956 beim Aufstand. Er studierte Chemie zuerst in Wien und ab 1965 in Karlsruhe. Er hat 3 Kinder und eine Menge Enkelkinder (vorerst 6).

Beruflich beschäftigte er sich mit Fragen des Umweltschutzes. Seit 2005 hat er viel Zeit mit den Enkelkindern Fußball zu spielen.

Er ist ein begeisterter Schachspieler und auch als Jugendtrainer aktiv.



Politisch:

Seine besonderen Interessen gelten sozialen Fragen, Fragen zu Ökologie, Klimaschutz, Verkehr sowie der Verbesserung von Eröffnungsvarianten im Schach.

Seit zwei Jahren ist Istvan Mitglied bei den Grünen.



Jörg Rupp

41 Jahre, bald fünffacher Vater, seit 13 Jahren mit derselben Frau in Lebensgemeinschaft

privat und beruflich:

freiberuflicher Dozent für EDV bei Bildungsträgern, die für die Arbeitsagentur arbeiten

politisch:

bei GRÜNS seit 1988 mit kurzen Unterbrechungen, im KV Karlsruhe seit Ende 2006

2002-2006 Kreisvorsitzender in Ettlingen

seit 2007 einer von drei Sprechern der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie

Themenschwerpunkte: Ökologie, Frieden, Familie und Arbeit

Christian Schmid-Schönbein

30 Jahre alt und vor zwei Jahren aus Darmstadt nach Karlsruhe gezogen.

Bei den Grünen seit 2005.

Beruflich: Entwickler für Bremssysteme bei Bosch in Bühl.



Themenschwerpunkte: Kraftwerksbau/Energiepolitik und Globalisierung

Anke Weidlich

Anke war schon von 2005 bis Anfang 2007 im Vorstand,



machte dann eine Pause und ist jetzt die neue Kassiererin.

Beruflich ist sie an der Uni Mannheim tätig und beschäftigt sich mit Strommärkten.

Bericht von der Bundesdelegiertenkonferenz

Vom 23.-25.11. fand in Nürnberg unsere diesjährige Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) statt. Sie befasste sich unter dem Titel „Jetzt. Für Morgen“ im Schwerpunkt mit der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme.

Doch zunächst stand am Freitag die Ökologie und die richtige Strategie beim Kampf um eine nachhaltige und zielführende Klimapolitik im Mittelpunkt. Große Einigkeit herrschte unter den Delegierten, dass Klimapolitik nicht nur Inhalt schöner Reden, sondern auch politischer Taten sein muss. Es ist unsere Aufgabe, den Finger immer wieder in die Wunde zu legen, wenn die große Koalition den zu hohen CO₂-Ausstoß geißelt, gleichzeitig aber kein Tempolimit zulassen will, wie es alle unsere europäischen Nachbarn haben. Wenn die Bundesregierung ungeniert einen Ausbau der Kohlekraft fordert, wie die SPD, oder Milliarden Euro in Straßenbeton investieren möchte, wie die Union.

Der Samstag stand im Zeichen der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme. 5 Stunden diskutierten die Delegierten hart, aber fair auf hohem Niveau über die Vor- und Nachteile von bedarfsgeprüfter Grundsicherung und modularem bedingungslosem Grundeinkommen. Auch wenn es sich sehr lang anhört, so kann ich euch versichern, dass die Debatte zu keinem Zeitpunkt langweilig war. Durchgesetzt hat sich letztendlich

der vom Bundesvorstand präferierte Antrag einer bedarfsgeprüften Grundsicherung mit 58 % Zustimmung. Aber auch die Anhänger des von der Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg eingebrachten Antrags zum modularen bedingungslosen Grundeinkommen können zufrieden sein. Zum einen, weil eine starke Minorität von 40 % ihren Antrag bevorzugten, zum anderen, weil der Bundesvorstand sehr viele Änderungswünsche an ihrem Antrag übernommen hat. Eine klare Absage erteilte die Delegiertenkonferenz dem Änderungsantrag von Oswald Metzger, keine Erhöhung von Sozialleistungen vorzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Delegiertenkonferenz befasste die Versammlung Beschlüsse zu den Themen Grüne Marktwirtschaft, Rechtsextremismus und der Verhinderung einer weiteren Aushöhlung der rechtsstaatlichen Grundsätze und einer Vielzahl zu meist sehr spannender Einzelthemen.

So kann ich euch allen, die noch nie auf einer Delegiertenkonferenz waren, nur empfehlen daran teilzunehmen. Andere Landesverbände haben zum Teil andere politische Schwerpunkte, und auf der BDK bekommt man ein kompletteres Bild des großen Themenspektrums, welches Grüne bearbeiten. Zudem lernt man nette Menschen kennen und erhält die Möglichkeit, Kontakte über den

eigenen Landesverband hinaus zu knüpfen.

Ich möchte euch nicht vorenthalten, dass sich die BDK für ein neues Logo entschieden hat:



Es soll mit Rücksicht auf die 2008 wahlkämpfenden Landesverbände erst nach den Frühjahrswahlen 2008 eingeführt werden.

Zuletzt noch ein Kritikpunkt an der BDK. Leider wurde das sehr wichtige Thema Gewalt gegen Frauen, mit guten Redebeiträgen von hochrangigen Vertreterinnen von amnesty international und terre de femmes, als letzter Punkt der Tagesordnung gehalten. Durch einige Verzögerungen im Ablauf der gesamten BDK war es vielen Delegierten nicht möglich diese tollen Redebeiträge zu hören, wollten sie ihre reservierten Züge nicht verpassen. Daher wäre es schön, wenn der Bundesvorstand zukünftig ein wenig mehr Puffer für Verzögerungen im Betriebsablauf einplanen würde.

Alexander Geiger

Mehr Frauen in die Politik - Mentoringprogramm 2008

Mehr Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen ist ein erklärtes grünes Ziel, nicht nur auf kommunaler Ebene. Um mehr Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen, führt der Landesverband in den nächsten Monaten und Jahren ein Mentoringprogramm durch - "die bessere Hälfte" - das von Petra Selg (Landesvorsitzende) und Ulrike Maier (Sprecherin LAG Frauen) moderiert wird. Die Termine werden bis zum Jahresende festgelegt und auf

der Seite des Landesverbandes veröffentlicht. Auch der Bundesvorstand hat auf der BDK einen Antrag für ein gendergerechtes Grünes Mentoringprogramm eingebracht.

Mehr Infos zum Mentoring gibt es beim AK Frauen, der sich im Dezember eine Stunde vor der Mitgliederversammlung trifft. Themen sind ein Jahresbericht über alle frauenpolitischen Aktivitäten der Grünen und natürlich ein Ausblick, wie es im nächsten Jahr mit aktiver grüner Frauen-

politik weitergeht. Neue Themen können sein: die Rolle von Frauen in rechtsradikalen Parteien und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Umwelteinflüssen; hierzu wurden auf dem letzten Bundesfrauenrat zwei Arbeitsgruppen gegründet. Wenn alles klappt, findet in 2008 auch eine frauenpolitische Infofahrt mit Sylvia Kotting-Uhl nach Berlin statt, zu der es am 12.12. vielleicht schon nähere Informationen gibt. Infos bei Ulrike Maier 0170 27 64 68 0

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

Neue Anträge und Anfragen

[13.11.07 Lernnetzwerk gegen Kinderarmut](#)

[13.11.07 Flatrate-Partys](#)

[13.11.07 Mäusebekämpfungsmittel Ratron](#)

[13.11.07 Gender-Index](#)

[07.11.07 Erweiterungsflächen für Elite-Universität](#)

[06.11.07 Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt im Zeichen der](#)

[kommunalen Entwicklungszusammenarbeit](#)

[31.10.07 Armut in der Stadt](#)

[24.10.07 Grabsteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit - Änderung der Friedhofssatzung](#)

Pressemitteilungen gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

[16.11.07 Große Teile des BUGA-Konzepts aus eigener Kraft umsetzen](#)

[8.11.07 Warmes Mittagessen für alle Kinder in Ganztagschulen](#)

[7.11.07 Zugeständnisse der EnBW sind erster Erfolg im Kampf gegen das geplante Kohlekraftwerk](#)

[26.10.07 Alternative Reserveflächen der Universität voll ausschöpfen - Kleingärten nicht voreilig zur Disposition stellen](#)

Die Anträge (plus Ergebnisse, soweit sie vorliegen), Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Grueene-Fraktion zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

Tschüss Dieter

Ex- und Ugrüner Geschäftsführer verlässt Fraktion

Die meisten werden den Weggang unseres Fraktionsgeschäftsführers wegen unserer diesbezüglichen Stellenanzeige schon vermutet haben. Dieter Emig gibt seinen Job nach 17 Jahren auf und sucht sich neue Wege – eine Trennung im Guten und mit einem engagierten Geschäftsführer bis zum Schluss.

17 Jahre sind schon eine verdammt lange Zeit in der Grünen Politik und Dieter hat viele GemeinderätInnen kommen und die meisten wieder gehen sehen, dazwischen betreut, mit Ihnen gekämpft und gestritten, hat Unterstützung gegeben oder auch zu viele Erwartungen und Aktionsdrang gedämpft. Dieter, der Dino unter den Fraktionsgeschäftsführern, hatte stets die Fraktion als politikfähige Gruppe im Auge und ein immer wieder vehement eingebrachtes eigenständiges politisches Profil. Zusammen mit Gabi (und früher mit Anette und noch früher mit Mo) bildete Dieter ein selbstständiges und loyales Büro-Team, das für einen beinahe reibungslosen organisatorischen Ablauf sorgte und der Fraktion den Rücken für die politische Arbeit frei hielt.

Ich selbst kenne Dieter seit ca. 10 Jahren näher und habe manches intensive Gespräch mit ihm geführt. So schreibe ich diese persönlichen Zeilen auch viel mehr als Weggefährte denn als Fraktionssprecher. Dieter hat seinen Anteil am Wandel der Grünen Fraktionen und doch ist sein Ausscheiden mit diesem Wandel verknüpft. Die Bewegung der Grünen (Bundes-)Partei zur Mitte hin hat ihn schon vor Jahren ausscheren lassen, wobei in der Sozialpolitik die große Diskrepanz liegt – viele Umweltfragen hält Dieter eher für Luxusprobleme der Besserverdienenden. Dass Dieter zukünftig den PDS-Stadtrat unterstützen will, wird von einigen FraktionskollegInnen recht kritisch gesehen. Nach meiner Meinung geht Dieter seinen persönlichen Weg weiter – eigentlich hatte er sich schon vorher politisch dort einsortiert. PolitikerInnen sind zum Glück nicht zuletzt auch Menschen und entwickeln ihre Lebenswege nicht immer kongruent zu ihren Parteien. Sehen wir's gelassen – wir haben keine Leichen im Keller – und positiv. Denn zum einen wird's zu-

künftig eher noch wichtiger werden, die Linke zwecks Mehrheitsbildung zur Unterstützung unserer Politik zu gewinnen und zum zweiten bietet ein Neuanfang auch immer neue Chancen.

Dazu auch gleich noch Erfreuliches: Auf unsere Anzeige haben sich über 50 BewerberInnen gemeldet, von denen rund ein Drittel grundsätzlich für den Job, dessen Anforderungen wir etwas verändert haben, geeignet scheint. Wir haben jetzt vier BewerberInnen in die engste Auswahl genommen und hoffen Anfang 2008 wieder mit einem gemeinsam mit Gabi (Schiller) kompletten Büro-Team dynamisch in die letzten ein-einhalb Jahre der Gemeinderatsperiode durchstarten zu können.

Von der gesamten Grünen Gemeinderatsfraktion vielen Dank, Dieter, für die Jahre der guten Zusammenarbeit, viel Glück, bewahre Dein Herzblut für die Schwachen unserer Gesellschaft und deine Ecken und Kanten auch.

Klaus Stapf

Bürgermeisterstellen nach Gutsherrenart

Spät kam die befürwortende Antwort der Verwaltung – und damit des Oberbürgermeisters – zum Antrag der KAL auf ein zusätzliches Dezer-nat. Da wurde im Rathaus wohl lan-ge nachgezählt, wie viele CDU-Ab-weichler denn zusammenkommen, damit der Antrag mit den Stimmen von OB, KAL, FDP und dem Gros der CDU „durchgedrückt“ werden kann. Wie meist in solchen Fällen ging's auf – drei (von 19) Gegenstim-men aus der CDU ließen genau die 25 notwendigen Prostimmen übrig.

Die pure Macht der Stimmenzahl war auch das einzige, was die erfolgrei-chen Befürworter eines 6.Dezernats vorzuweisen hatten. OB, CDU und FDP waren es nämlich, die mit ihrer damaligen Mehrheit 2003 der SPD-Bürgermeisterin Heinke Salisch ihr Amt nicht verlängerten und damit ein unpassendes 3:1 Verhältnis (2 CDU, 1 FDP, 1 SPD) auf der Bürgermeis-terbank schufen. Just als nun diese Mehrheit zu kippen droht, stellen die

einstigen Abschaffer nun lapidar fest, dass 6 Dezernate doch besser für Karlsruhe sind als 5.

Was aber treibt die KAL, die einst als Abspaltung der Grünen entstanden ist? Nach meiner Meinung liegt der Grund im Psychologischen. Wo immer möglich sucht die KAL das Zünglein an der Waage zu sein, immer öfters und an entscheidenden Stellen zugunsten von FDP und CDU. Dies sichert deren Wohlwollen wie das des OB und verleiht das Ge-fühl wichtig zu sein für die Karlsruher Stadtpolitik, viel viel mehr als dies drei Mandate im Gemeinderat eigent-lich möglich machen. Ob die KAL-WählerInnen den Willen zur Macht mit dem Preis des Wechsels ins CDU-FDP-Lager bezahlen wollen bleibt eine spannende Frage der nächsten Gemeinderatswahl 2009.

Dass übrigens der FDP-Fraktions-
chef Michael Obert von der Entwick-
lung überrascht worden wäre und in

seiner Lebensplanung kein Bürger-
meisteramt geplant hätte, darf als
Verschleierungstaktik gewertet wer-
den. Intern waren seine Ambitionen
lange bekannt, ebenso wie das kon-
spirative gemeinsame Vorhaben von
KAL, FDP und CDU seit Monaten
von den städtischen Dächern gepfif-
fen wurden.

Und zur Ergänzung: Wir Grünen hat-
ten uns 2003 enthalten, weil wir in
schwieriger wirtschaftlicher Lage of-
fen gegenüber dem Einsparen von
Steuergeldern waren, aber den Um-
gang mit SPD und Frau Salisch für
inakzeptabel hielten. Folgerichtig und
konsequent deshalb unsere Ableh-
nung zur Wiedereinführung, obwohl
wir langfristig von der erhöhten An-
zahl von Bürgermeisterstellen profi-
tieren könnten. Für uns gehen
Glaubwürdigkeit gegenüber den Bür-
gerInnen und verantwortungsvoller
Umgang mit Steuergeldern vor.

Klaus Stapf

Interview mit Dorothea Polle-Holl

Im dritten Interview mit den Mitglie-
dern unserer Gemeinderatsfraktion
wird Dorothea Polle-Holl vorgestellt.
Sie ist zuständig für Soziales, Ju-
gendpolitik, Schule und Frauenpoli-
tik.

**Frage: Doro, die Grünen sind eine
Partei der Gebildeten. Was tun sie
für sozial Schwache?**

Diesen beiden als Gegenpole ge-
setzten Begriffen könnte ich mit ein
paar Fragen entgegenen: Sind sozial
Schwache auf Lebenszeit schwach?
Schützt Bildung vor sozialer Schwä-
che?

Personengruppen, die man als „sozi-
al Schwache“ bezeichnen kann, sind
meist auf öffentliche Hilfe angewie-
sen, sei es bezüglich ihrer wirtschaft-
lichen Situation, ihrer Lebensgestal-
tung, ihrer sozialen und medizini-
schen Situation. Oft ist diese Situati-
on gekoppelt mit Unkenntnis der
möglichen Hilfeleistungen, mit Hilf-
losigkeit gegenüber oder Scheitern an
unserem Gesellschaftssystem und
mangelnder Möglichkeit der Selbst-
hilfe. Und diese Probleme betreffen
oft Menschen mit einem niedrigen

Bildungsstand. In den Zustand einer
„sozialen Schwäche“ kann jedoch je-
der gelangen, egal ob Schulabbre-
cher oder Professor, da genügt
manchmal schon eine Scheidung,
Arbeitslosigkeit oder eine psychische
Erkrankung. Unsere Grüne Sozialpo-
litik vor Ort versucht deshalb, dort zu
unterstützen, wo Land und Bund kei-
ne Hilfen anbieten und die zu errei-
chen, die für eine bestimmte Zeit
oder auch länger Hilfen unterschied-
lichster Art benötigen, um wieder auf
sich selbst gestellt existieren zu kön-
nen. Das kann dann sein: Hilfe bei
der Wiedereingliederung ehemals
Wohnungsloser in eigenen Wohn-
raum, Hilfe bei der Suche geeigneter
Therapiemaßnahmen, beratende
Unterstützung bei Problemen in der
Familie, Resozialisierung sozial auf-
fälliger Menschen, um nur einige Bei-
spiele zu nennen.

**Frage: Was machen die Grünen
für Kinder und Jugendliche? Was
meinst du zum CDU-Vorschlag für
beitragsfreie Kindergärten?**

Wir Grünen in Karlsruhe haben vor-
angetrieben, dass sich die Anzahl

der Kinderbetreuungsplätze für unter
3-Jährige und die der Ganztagesein-
richtungen für Kindergartenkinder
deutlich verbessert hat. Wir versu-
chen, die Trägerlandschaft in Karls-
ruhe vielschichtig zu halten: Da gibt
es private, katholische und evangeli-
sche, einen islamischen, rein städti-
sche und mehrere betriebliche Trä-
ger, viele mit einem eigenen Profil
(Sprachen, Sport). Beitragsfreie Kin-
dergärten an sich sind keine
schlechte Sache, öffentliche Schulen
kosten ja auch nichts. Ich denke
aber, bis diese Finanzierung geregelt
ist, sollten Familien mit geringem
Einkommen stärker in ihren Kinder-
gartenbeiträgen oder bei den Es-
senskosten unterstützt werden.

In der Jugendhilfe liegen mir präven-
tive Maßnahmen und deren Förde-
rung besonders am Herzen. Hilfe-
maßnahmen sind viel kostenintensi-
ver, wenn ein Jugendlicher bereits
dem Jugendamt aufgefallen ist, z. B.
als Kleinkrimineller oder als gewalt-
bereiter Schüler. Entlastung oder un-
terstützende Begleitung in der Ur-
sprungsfamilie können im Vorfeld ei-
niges verhindern.

Frage: Bei der Schule werden die Lehrer vom Land bezahlt. Darf die Stadt nur die Schulen bauen und unterhalten?

Die Stadt kann indirekt die Schulhalte bestimmen, indem sie über die Städtetage auf die Landesregierung Einfluss ausübt. Auch können mehrheitlich oder optimalerweise einstimmig im Gemeinderat gefasste Beschlüsse, etwa über eine geplante Modellschule nach skandinavischem Vorbild, in Stuttgart eine Signalwirkung haben, aber dazu muss natürlich der ganze Gemeinderat dahinter stehen. Indem Schulbezirksgrenzen aufgehoben werden, wie geschehen für Karlsruher Hauptschulen, können bestimmte Schularten gezwungen werden, inhaltliche Profile heraus zu arbeiten, um nicht Schüler zu verlieren, oder die Zusammenarbeit unterschiedlicher Schularten (z.B. Realschulen mit Hauptschulen) kann auf diese Weise gefördert werden.

Aber, um zur Frage zurück zu kommen, Instandhaltung und Neubau an Karlsruher Schulen sind an sich schon ein umfassendes Feld, denn auch da kommen Grüne Themen

zum Tragen wie Klimaschutz durch energieeffizientes Bauen und Renovieren.

Frage: Was ist in der Frauenpolitik noch zu tun?

Zwar sorgt in unserer Partei eine Quote für eine etwa gleiche Verteilung der Männer und Frauen, das ist in der ganzen Republik aber nicht so. In allen anderen Parteien regieren immer noch mehrheitlich Männer und vertreten dort, wo sie aktiv sind, hauptsächlich Dinge aus männlicher Sicht. Das Bewusstsein in unserer Gesellschaft ist immer noch stark rollengeprägt, richtet sich nicht nach den Eigenschaften und Fähigkeiten des Menschen, egal ob männlich oder weiblich, sondern nach seiner Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht. Gehälter sind nach wie vor unterschiedlich bei Frauen und Männern, es gibt bestimmte Männer- und Frauenberufe, wie Mechatroniker, Erzieherin, die fast nur von einem Geschlecht erlernt werden, es gibt immer noch zu wenig Männer, die sich für Familienarbeit entscheiden, etc....., könnte ich lange weiter fortführen. Es gibt also noch eine Menge zu tun!

Frage: Was sind deine Schwerpunkte in den Aufsichtsräten, in denen du Mitglied bist?

Ich bin in drei Gremien im Aufsichtsrat bzw. Stiftungsrat oder Verwaltungsrat: Bei den Bäderbetrieben, bei der Heimstiftung und beim Badischen Musikkonservatorium. Bei den Bäderbetrieben versuche ich zusammen mit den anderen Aufsichtsratskollegen eine mögliche Kostenexplosion des Freizeitbadbaus zu verhindern (da sind sich alle parteiübergreifend mal einig), sowie Eintrittspreise und sonstige Bedingungen (z.B. ein zusätzliches Parkdeck) sozialverträglich und ÖPNV-freundlich zu gestalten. Bei der Heimstiftung, die mehrere Alteenrichtungen, ein Kinder- und Jugendhilfezentrum sowie eine Obdachlosenunterkunft betreibt, ist die Zielsetzung eine gewinnfreie gemeinnützige Verwendung der Stiftungserträge. Und im Verwaltungsrat des Badischen Musikkonservatoriums versuche ich den jährlichen Beitragserhöhungen und den etwas elitären Ansprüchen einen sozialen Gegendruck zu geben.

Die Fragen stellte Johannes Honné

Besuch in Temeswar, der Partnerstadt in Rumänien

Anfang November war ich mit einer kleinen Delegation des Karlsruher Gemeinderates für einige Tage in Temeswar, Partnerstadt von Karlsruhe und drittgrößte Stadt in Rumänien, mit etwa 330.000 Einwohnern etwas größer als unsere Stadt. Von diesem beeindruckenden Besuch möchte ich hier kurz berichten.

Eine Reiseetappe im Flugzeug ließ sich wegen der langen Anreise leider nicht vermeiden, „Carpatair“ brachte uns („nomen est omen“ nicht zutreffend) ganz unabenteuerlich am Alpenrand vorbei zum Zielort.

Lag es am Jubiläum, immerhin besteht seit 15 Jahren eine Freundschaft zwischen den beiden Städten und seit 10 Jahren eine offizielle Städtepartnerschaft, oder ist es die Regel, da fehlt mir der Vergleich, das für uns zusammengestellte Programm war ausgesprochen abwechslungsreich und gezeichnet von großer Gastfreundlichkeit.

Eine Stadtrundfahrt in einer historischen (keiner Karlsruher!) Straßen-

bahn aus dem Jahr 1927 mit Holzbänken führte uns mit lautem Gestrampel auf einer Ringlinie durch die Altstadt, von den alten Karlsruher Straßenbahnen, die ja bekanntlich nach Temeswar gebracht wurden, konnten wir nur eine entdecken.

Das Stadtbild ist geprägt von zahlreichen alten Gebäuden im Österreichischen Barock-Stil und Ungarischem Jugendstil, einer Variante der Stilrichtung mit bauchigen Elementen, wunderschön gestaltet, aber auch ziemlich oft sehr restaurationsbedürftig, leider in den meisten Fällen für die Besitzer nicht finanzierbar.

Das Deutsche Lizeum, das Deutsche Kulturzentrum, das Deutsche Staatstheater und das Deutsche Forum in Temeswar, die wir besuchten, zeugen von den Bemühungen der deutschen Minderheit, Sprache, Literatur und Kultur lebendig zu halten, je nach Institution mit einer mehr oder weniger konservativen Ausrichtung. Es stellte sich mir vor Ort die Frage, welche Art der Kultur es zu wahren

gilt und ob Entwicklungen zugelassen werden.

Natürlich gab es auch ganz offizielle Veranstaltungen, wie die Begrüßung durch den dortigen OB, die feierliche Sitzung des Temeswarer Stadtrates zum gegebenen Anlass (herrlich die souveräne Unperfektheit) mit Festreden der beiden Stadtoberhäupter und ein Besuch im Deutschen Konsulat.

Ein schöner Ausklang war für mich das „Gastgeschenk“ Karlsruhes an Temeswar, ein junges Musikerpaar namens „Duo KoSa“, Preisträger des 2. Europäischen Kammermusikwettbewerbs Karlsruhe 2007, die mit uns reisten und für die musikalische Gestaltung unseres Aufenthaltes sorgten, abschließend mit einem wunderbaren Kammermusik-Konzert in der dortigen Philharmonie. Wer weiß, vielleicht werden sie im nächsten Jahr in Karlsruhe in der vorweihnachtlichen Reihe „Musik im Rathaus“ zu bewundern sein, wenn das Kulturamt die Anregung aufnimmt!

Dorothea Polle-Holl

Pressemitteilung vom 16.11.2007

Grüne blicken nach vorn: Stadt soll große Teile des BUGA-Konzepts aus eigener Kraft umsetzen

Mit großem Bedauern hat die Gemeinderatsfraktion die gestrige Entscheidung der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft gegen die BUGA 2015 in Karlsruhe zur Kenntnis genommen.

„Nach den vielen Jahren des Auf und Ab und den immer wieder wechselnden Mehrheiten zu dieser Frage im Gemeinderat, waren wir zuletzt sehr zuversichtlich, dass nun alle Hindernisse für eine erfolgreiche Bewerbung aus dem Weg geräumt sind“, so Fraktionssprecher Klaus Stapf und Stadträtin Bettina Lisbach.

Von der Realisierung der Bundesgartenschau in Karlsruhe hatten sich die Grünen eine intensive Durchgrünung der Stadt mit Erhöhung der Aufenthalts- und Wohnqualität sowie einer

Verbesserung des Stadtklimas erhofft.

Trotz der berechtigten Enttäuschung gelte es jetzt, den Blick nach vorn zu richten und viele Teile des erstklassigen BUGA-Konzeptes nun aus eigener Kraft umzusetzen. Mit dem Landschaftspark Rhein sowie einer durchgängigen Grünverbindung vom Rhein bis hin zum Durlacher Turmberg ließen sich die Möglichkeiten zur stadtnahen Freizeit- und Erholungsnutzung in Karlsruhe erheblich verbessern.

„Die für die BUGA geplanten Maßnahmen waren von Anfang an so ausgelegt, dass Karlsruherinnen und Karlsruher nachhaltig davon profitieren konnten. Das meiste davon lässt sich auch ohne BUGA in den nächs-

ten Jahren stemmen“, sind Stapf und Lisbach überzeugt.

„Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die intensiven Bemühungen um eine erfolgreiche BUGA-Bewerbung, insbesondere bei Gartenbauamtsleiter Helmut Kern und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das überzeugende und schlüssige Konzept. Ebenfalls danken möchten wir dem Verein BÜGA. Wir hoffen, dass dessen unermüdlicher Einsatz für ein Zustandekommen der Gartenschau in den nächsten Jahren fortgesetzt werden wird. „Die Vision einer Bürgergartenschau hat“, so die Überzeugung der Grünen Gemeinderatsfraktion „jetzt wieder neu an Aktualität gewonnen“.

Pressemitteilung vom 07.11.2007

Zugeständnisse der EnBW sind erster Erfolg im Kampf gegen das geplante Kohlekraftwerk

Gemeinderatsfraktion sieht sich zusammen mit den protestierenden Bürgerinnen und Bürgern in ihrer kritischen Haltung bestärkt

Die Grünen im Karlsruher Gemeinderat sehen in den angekündigten Zugeständnissen der EnBW, beim Neubau des Kohlekraftwerks deutlich geringere Emissionsmengen zu beantragen, als ursprünglich vorgesehen, erste und wichtige Zugeständnisse an die Bürgerinnen und Bürger. Allerdings sei, so die Stadträte Bettina Lisbach und Andreas Ruthardt, auch Skepsis angesagt. „Warum nicht gleich so? Von Anfang an hat die EnBW öffentlich versichert, dass hier ein hochmodernes Kraftwerk gebaut werden soll, das hinsichtlich der Schadstoffemissionen vorbildlich sei. Jetzt besteht offenbar doch noch sehr viel Spielraum für ganz erhebliche Minderungen“. Nach Ansicht der Grünen passt das nicht zusammen. „Da kommt schon der Verdacht auf, dass hier von vornherein mit einem großen Puffer an den Start gegangen wurde mit dem Ziel, die Akzeptanz für die

jetzt immer noch vorgesehenen zusätzlichen Luftbelastungen zu erhöhen.“

Diese Zusatzbelastungen seien aber auch nach den jetzt angekündigten Optimierungen noch enorm. „Selbst bei einer Senkung beispielsweise der Stickoxidemissionen um etwa die Hälfte gegenüber der bisher beantragten Planung hätten wir immer noch mit Emissionssteigerungen in Karlsruhe von 30 Prozent zu rechnen. Das ist für die bereits heute nach gängigen Grenzwerten zu hoch belastete Karlsruher Luft viel zu viel“, gibt Stadträtin Lisbach zu bedenken.

Auch seien viele Detailfragen durch die EnBW-Pressemitteilung nicht beantwortet. Beispielsweise beziehe sich diese auf die Gesamt-Staubbelastung, nicht aber auf die besonders gesundheitsschädlichen Feinstaubmengen. „Um die am Ende zu erwar-

tenden Belastungen bewerten zu können, müssen erst die neuen Antragsunterlagen zusammen mit den entsprechend überarbeiteten Umweltverträglichkeits-Untersuchungen auf den Tisch“ meinen die Grünen.

Außerdem bleibe, so Ruthardt, nach wie vor das Problem der übermäßig hohen CO₂-Emissionen bei einem Kohlekraftwerk im Vergleich zu einem Gaskraftwerk bestehen. „Das wird auch durch die angekündigten Optimierungen nicht gelöst. Die Zusatzbelastungen für das Klima wären bei Neubau eines Kohlekraftwerks unausweichlich“.

An der grundsätzlichen Haltung der Grünen hat sich daher auch nach den angekündigten Optimierungen durch die EnBW nichts geändert: Nein zum geplanten Kohlekraftwerk bei Akzeptanz eines neuen 400 MW Gasblocks am Standort Karlsruhe.



Gisela Splett

Aus der Landtagsfraktion

CDU hat Haushaltsberatungen „abgeschlossen“ bevor andere Fraktionen den Entwurf kennen

Am 25.10. hat die Grüne Landtagsfraktion einen dringlichen Antrag eingereicht, mit dem sie fordert, dass der Entwurf des Nachtragshaushalts 2008 dem Landtag unverzüglich zugeleitet wird. Vorangegangen waren Presseberichte, wonach die CDU-Fraktion den Entwurf bereits beraten habe. CDU-Fraktionsvorsitzender Mappus hatte von „abschließenden Haushaltsberatungen“ gesprochen. Diese Bevorzugung einer einzelnen Fraktion durch die Landregierung stelle eine Miss-

achtung der Haushaltsrechts dar, das allen Mitgliedern des Landtags gleich und ungeteilt zusteht. Kretschmann wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass „die Bevorzugung einer einzelnen Fraktion, deren Mitglieder danach monatelang öffentlichkeitswirksam über die Wohltaten ihrer Regierung durchs Land ziehen können, während die Opposition nicht einmal den Entwurf kennt, ... eine Missachtung parlamentarischer Gepflogenheiten und des Haushaltsrecht des Parlaments“ darstellt. Die von uns beantragte Dringlichkeitserklärung des Antrags wurde im Übrigen von CDU und FDP in der Ple-

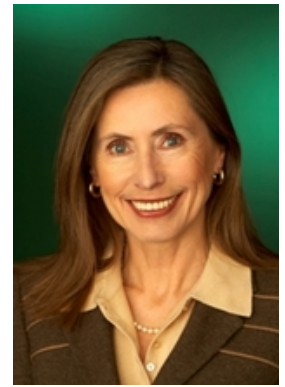
nardebatte abgelehnt.

Pressemitteilung „Grüne fordern Einbringung des Nachtragshaushalts in den Landtag“

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/203/203092.gruene_fordern_einbringung_des_nachtrags.htm

Antrag zur Geschäftsordnung (im Protokoll der Plenardebatte vom 7.11. auf S. 2137):

www.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14_0033_07112007.pdf



Renate Rastätter

Groh und die Nordtangente-Ost

Bei der Verkehrsfreigabe des ersten Nordtangente-Abschnitts im März dieses Jahres ließ sich der ehemalige Bürgermeister und jetzige Landtagsabgeordnete Manfred Groh für seinen „unermüdbaren Einsatz“ für den Autobahnanschluss loben. Und in der Tat hat sich Herr Groh jahrelang für die Straßenbaumaßnahme eingesetzt. So titelten die BNN im Dezember 2002 „Manfred Groh: Einmalige Chance, um den Anfang zu schaffen.“

Doch auch die SPD wollte sich den „Erfolg“ auf die Fahnen schreiben. Die damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Wimmer kommentierte im September 2003 die Nachricht, dass für den ersten Bauabschnitt der Nordtangente Bundesmittel zur Verfügung gestellt wurden, „mit großer Genugtuung.“

Die Grünen hingegen warnten vor diesem „Einstieg in die Nordtangente“, der Hagsfeld nicht entlastet und sah den Weiterbau nach Westen in Anbetracht seiner Einstufung im Bundesverkehrswegebau in weiter Ferne. Statt „Einstieg in die Nordtangente“ haben wir uns seit Jahren für eine zeitnahe Entlastung Hagsfelds durch eine kleine „Südumfahrung“ eingesetzt und gefordert, das verkehrlich unsinnige und ökologisch unverantwortliche

Projekt „Nordtangente“ ein für alle Mal zu den Akten zu legen.

So langsam scheinen manche Erkenntnisse nun auch in der CDU anzukommen. Noch im März versprach Manfred Groh den Weiterbau der Nordtangente: „2012 Anbindung der Haid-und-Neu-Straße an die A5“ (BNN vom 26.03.07). Ein gutes halbes Jahr später klingen die Aussagen schon anders: Am 27.10.07 titelten die BNN: „Groh: Vor 2012 kein

Weiterbau der Tangente“. Bis dahin müssten die Hagsfelder mit den Verkehrsbelastungen leben.

Doch warum eigentlich 2012? Laut Prioritätenliste des Landes ist für den Weiterbau der Nordtangente-Ost Richtung Haid-und-Neu-Straße vor 2025 nicht zu rechnen. Eine



Die Initiative NOrdTANGENTE bei der Verkehrsfreigabe am 5. März 2007

„Südumfahrung“ wäre also auch jetzt noch die schnellere und ökologisch verträglichere Lösung.

Pressemitteilung vom 31.10.07 „Grüne zu Grohs Nordtangenten-Äußerungen: willkommen in der Realität!“:

www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Nordtangente311007.pdf

Kein Kind darf hungrig bleiben

Eine regelmäßige und gute Ernährung ist eine grundlegende Voraussetzung für die körperliche, seelische und geistige Entwicklung von Kindern und damit auch ihres Lernens und ihres Lernerfolgs. Mit dem Ausbau von Ganztagesangeboten wird eine kostengünstige und gesunde Mittagsverpflegung zunehmend zu einer Aufgabe der Schule. Leider können immer mehr Kinder aus finanziellen Gründen nicht am Mittagessen teilnehmen.

Für die Grüne Fraktion gilt: kein Kind darf aus finanziellen Gründen hungrig bleiben!

Die Armut von Kindern nimmt immer mehr zu. Nach einer Erhebung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe leben im Südwesten zurzeit 150.000 Kinder von Sozialhilfe. Das entspricht einer Steigerung von 12,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Baden-Württemberg ist somit das Bundesland mit dem stärksten Zuwachs an verarmten Kindern. Aus diesem Grund fordern wir:

1. einen Sozialfonds in Höhe von 6 Millionen Euro jährlich für die Laufzeit von zwei Jahren einzurichten, mit dem das Land Zuschüsse zur

warmen Mahlzeit an Ganztageseinrichtungen für Kinder gewährt, deren Eltern Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialhilfe beziehen oder Asylbewerber sind;

2. die Zuschüsse an die Kommunen entsprechend der Zahl der bedürftigen Kinder in Ganztageseinrichtungen - Kitas, Schulen (alle Formen der Ganztageschulen) und Horte - zu gewähren.

3. im Bundesrat eine Initiative zur Erhöhung der Leistungen für Kinder nach dem SGB II einzubringen, die ihren tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen.

Maikäfer-Exkursion im Hardtwald am 26. Oktober

Auf Einladung der Forstdirektion Freiburg fand im Hardtwald eine „Waldmaikäfer-Exkursion“ statt.

Neben Vertretern der Forstverwaltung waren amtliche und ehrenamtliche Naturschützer, mein Kollege Reinhold Pix und ich dabei. Besichtigt wurden fünf Waldflächen. Erfreulich war,



dass auch Bereiche gezeigt werden konnten, in denen die Naturverjün-

gung mit Laubholz trotz Engerlingen funktioniert. Deutlich wurde auch, dass die Maikäfer für den Hardtwald

im Hardtwald ohne Pestizideinsätze möglich ist.

nicht das einzige und wohl noch nicht mal das dominierende Problem sind. Angesprochen wurden u.a. die Auswirkungen des Klimawandels und die Ausbreitung der Spätblühenden Traubenkirsche.

Wir GRÜNEN sind weiterhin davon überzeugt, dass ein naturnaher Waldbau

Schavan und Gentechnik

In der Schwäbischen Zeitung vom 29.10. findet sich ein Bericht über ein Zusammentreffen heimischer Brauereichefs mit Bundesforschungsministerin Annette Schavan. Als die Brauer der Ministerin 30.000 Unterschriften gegen Gentechnik überreichten, erlebten sie die Ministerin als glü-

hende Verfechterin derselben. Schavan ist wie folgt zitiert: „... Als Christin muss ich sagen, dass Gott den Verstand, die Kraft und die Ideen der Menschen braucht, um seine Schöpfung zu kultivieren. Und die Grüne Gentechnik ist eben die nächste Phase der Kultivierung.“ Zudem

müsse man „die Gentechnik aus dem Labor herauslassen, sonst würde der Steuerzahler sich wundern, warum die hoch finanzierte Forschung nicht angewendet wird.“ Nicht nur bei den Braumeistern dürften diese Äußerungen für Kopfschütteln sorgen.

Weitere neue Initiativen

Antrag Förderung der Jungen in der Schule – Gender Mainstreaming und Chancengleichheit im Bildungswesen konsequent umsetzen

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1990.html

Antrag Jungen als Bildungsverlierer – Bestandsaufnahme und bisherige Maßnahmen an den Schulen in Baden-Württemberg

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1989.html

Antrag Neuer Bildungsplan für die Sonderschule für Geistigbehinderte

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1950.html

Antrag (Alt-)Griechisch vor dem Aus? Die Zukunft des Schulfaches (Alt-)Griechisch in Baden-Württemberg

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1951.html

Antrag Aktionsplan „Auerhuhn im Schwarzwald“

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1915.html

Antrag Überwachung der Luftqualität und Luftreinhalteplanung

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1943.html

Antrag Einsatz des Mäusegifts „Ratron“ stoppen

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1947.html

Antrag Das Naturschutzrecht der Europäischen Union nicht schwächen

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1948.html

(am 9.11. wurde der von Hessen eingebrachte Entschließungsantrag, dessen Ablehnung durch Baden-Württemberg wir beantragt haben, im Bundesrat angenommen. Baden-Württemberg hat dabei nicht nur zugestimmt, sondern ist dem Antrag sogar noch beigetreten)

Kleine Anfrage "Brände in Recyclingfirmen in Baden-Württemberg"

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1978.html

Weitere Pressemitteilungen

07.11.07 Angriff der EU auf das Natur- und Artenschutzrecht

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/204/204230.angriff_der_eu_auf_das_natur_und_artensc.htm

06.11.07 Strategieprogramm zum Flächenverbrauch: „Ein Trippelschritt“ in die richtige Richtung

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/204/204226.gisela_splett_landesregierung_hat_ein_gl.htm

30.10.07 Renate Rastätter: Weichen stellen für eine neue Schulstruktur statt immer nur im Bremserhäuschen sitzen

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/203/203209.renate_rastatter_weichen_stellen_fuer_e.htm

26.10.07 Renate Rastätter: „Ohne Änderungen wird das Schulsystem kollabieren“

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/202/202978.renate_rastatter_ohne_aenderungen_wird.htm

25.10.07 Biosphärengebiet Schwäbische Alb - Anhörungsfrist für Verordnung ist zu Ende

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/202/202732.gisela_splett_unescokriterien_nicht_gefa.htm

19.10.07 Grüne begrüßen Beschluss des VGH Mannheim zum muttersprachlichen Unterricht

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/202/202180.renate_rastatter_gruene_endlich_rechtss.htm

Hinweis: Alle **Drucksachen und Pressemitteilungen** können auch im Büro von Gisela Splett angefordert werden. Telefon: 0711/ 2063-966



MdB Sylvia Kotting-Uhl

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
 Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

PRESSEMITTEILUNG vom 21.11.2007

Bundesregierung bewegt sich bei Atomlager Asse 2

Anlässlich der Einigung von BMU, BMBF und niedersächsischem Umweltministerium zur Minimierung von Risiken beim Atommülllager Asse II erklärte Sylvia Kotting-Uhl:

Endlich: Nach vielen Monaten unverantwortlichen Stillstands geht die Bundesregierung jetzt auf die Forderungen von Öffentlichkeit und Opposition zum Atommülllager Asse 2 ein.

Die Behörden haben heute zugegeben, dass das Absaufen des Atom-

mülllagers und damit die Freisetzung von Radioaktivität drohen. Dieses Szenario abzuwenden muss nun vorrangige Aufgabe aller Beteiligten sein.

Es ist zu begrüßen, dass eine so genannte Begleitgruppe auf Kreisebene eingerichtet wird. Es muss klar sein, dass dabei auch die Kritiker des vorliegenden Schließungskonzepts eingebunden werden. Das gefundene Verfahren kann aber die formelle Öff-

entlichkeitsbeteiligung durch den Übergang in ein atomrechtliches Verfahren nicht ersetzen.

Wenn die Regierung sich nicht dazu durchringt, auch auf diese Forderung einzugehen, werden die Gerichte in den anhängigen Verfahren entscheiden müssen, ob Atommüll nach Bergrecht entsorgt werden darf oder ob Behörden und Betreiber das weitere Verfahren nach Atomrecht durchzuführen haben.

PRESSEMITTEILUNG vom 17.11.2007

Bundes- und Landesregierung müssen „kriminell unverantwortlicher“ Klimapolitik entgegentreten

Anlässlich der Vorstellung des Berichts des IPCC in Valencia erklärte Sylvia Kotting-Uhl:

Der gerade mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Weltklimarat der Vereinten Nationen hat in seinem heute vorgestellten Klimareport nochmals auf die Brisanz der Entwicklung hingewiesen. Der menschengemachte Klimawandel ist Realität, in den nächsten Jahren entscheidet es sich, ob wir die drohende Katastrophe wenigstens noch eingrenzen können. Wer die vorgelegten Analysen ernst nimmt, der muss dem Leiter des UN-Klimareferats Yvo de Boer zustimmen, dass es „nichts weniger als kri-

minell unverantwortlich“ sei, die Dringlichkeit der Botschaft nicht zu erkennen.

Die Bundesregierung hat sich zu dieser Erkenntnis offensichtlich noch immer nicht durchringen können. Sie straft ihre eigenen Absichtserklärungen durch hartnäckiges klimapolitisches Nichtstun Lügen. Wir hören ambitionierte Reden, auf ambitionierte Taten zur Eindämmung des CO₂-Ausstoßes warten wir vergeblich. Stattdessen werden Vorschläge für schnell wirksame Maßnahmen wie ein Tempolimit oder eine ökologische Dienstwagenbesteuerung von der Regierung bekämpft. Der Bericht des

Weltklimarats ist auch eine Ohrfeige für die baden-württembergische Landesregierung. Das Statistische Landesamt hat gerade Zahlen veröffentlicht, nach denen in Baden-Württemberg die Treibhausgasemission seit 1990 nur um 4 Prozent zurückgegangen sind, zuletzt sind die Emissionen sogar wieder angestiegen. Wenn die Energielobby nun auch noch die beiden geplanten Kohle-Großkraftwerke in Karlsruhe und Mannheim durchsetzt, wird das die Klimabilanz des Landes auf Jahre beschädigen. Die Landesregierung muss diesem klimapolitischen Irrweg energisch entgegentreten.

PRESSEMITTEILUNG vom 06.11.2007

Drohende Wasserverseuchung durch Lager Asse

Bundesumweltminister muss endlich den Mut zum Handeln aufbringen

Anlässlich der Rede des Bundesumweltministers zur Endlagerung von Atommüll auf der internationalen Konferenz Radioactive Waste Disposal in Geological Formations in Braunschweig erklärte Sylvia Kotting-Uhl:

Bundesumweltminister Siegmund Gabriel muss endlich Mut zum Handeln aufbringen, um die drohende Umweltkatastrophe beim Atommülllager Asse abzuwenden. Dort dringt Wasser in das Salzbergwerk ein, in dem 126 000 Fässer Atommüll gelagert sind. Mit einer radioaktiven Verseuchung des Trinkwassers muss man in Zukunft rechnen.

Auf der internationalen Konferenz zur Endlagerung radioaktiver Abfälle hat der Minister heute wieder einmal gefordert, aus den Sicherheitsproblemen im Atommülllager Asse Lehren zu ziehen. Als Minister sollte er nicht immer wieder davon reden, sondern die nötigen Konsequenzen endlich in Angriff nehmen.

Die Lehren aus Asse liegen auf der Hand: Die Atomparteien CDU und FDP sind in der Vergangenheit mit dem von ihnen selbst geschaffenen Problem völlig verantwortungslos umgegangen. Atommüll kann man nicht nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ entsorgen. Atommüll bestraft diesen Leichtsinns,

indem er sich in der Biosphäre zurückmeldet.

In Asse muss so schnell wie möglich von unabhängiger Seite geprüft werden, wie auf das drohende Absaufen des Atomlagers reagiert werden kann und ob ein Ausräumen des Atommülls aus dem unsicheren Salzstock möglich ist. Das bislang angewendete Bergrecht hilft den Betreibern, sich bei kritischen Fragen von der Bevölkerung abzuschotten. Der Umweltminister muss klarstellen, dass die strengeren Anforderungen des Atomrechts in Asse angewendet werden. Dies ist nur dann gewährleistet, wenn Gabriel das Endlager in seine Zuständigkeit übernimmt.

PRESSEMITTEILUNG vom 29.10.2007

Progressive und klimafreundliche Umweltgesetze

Anlässlich der Konferenz der Umweltverbände über die Planungen zum Umweltgesetzbuch erklärten Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin und Nicole Maisch, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Umweltverbände stellen heute an die Politik die Frage, ob sie ein „Progressives Umweltgesetzbuch“ schaffen will. Die grüne Antwort lautet eindeutig: JA!

Was an bisherigen Planungen aus dem Bundesumweltministerium gesickert ist zeigt, dass die große Koalition bestenfalls das bereits Bestehende zusammen schreiben wird. Keine qualitative Verbesserung steht in Aussicht, vielmehr wollen scheinbar einige Vertreter der Union die Gelegenheit nutzen, bewährte Umweltstandards weiter auszuhöhlen.

Die schwarz-rote Bundesregierung will Genehmigungsverfahren auf al-

len Ebenen beschleunigen, obwohl der von der Regierung selbst berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in einem ausführlichen Gutachten festgestellt hat, dass die deutschen Genehmigungsfristen zu den kürzesten in Europa gehören. Die Rufe nach „Tempo, Tempo!“ sind nicht sachgerecht und richten sich gegen die Betroffenen von Anlagen- und Infrastruktureinrichtungen. Ihre Rechte auf Einwendungen und Klagen gegen ökologisch unzumutbare Eingriffe in die Umwelt sollen geschliffen werden. Ministerpräsidenten, wie Roland Koch in Hessen haben sich schon mehrfach über die Interessenvertretung durch die Umweltverbände beklagt, so etwa bei der umstrittenen A4, um von eigenen Planungsfehlern abzulenken.

Gemeinsam mit den Umweltverbänden fordern wir eine hohe Schutzfunktion und Europarechtstauglichkeit für das Umweltgesetzbuch. Die mit deutscher Beteiligung entstandene

Aarhus-Richtlinie schreibt eindeutig vor, dass die Öffentlichkeit an den Genehmigungsverfahren zu beteiligen ist, aus denen die Union die Bürgerinnen und Bürger herausdrängen will.

Im Mittelpunkt der Umweltpolitik steht der Klimaschutz. Wir fordern deshalb ein Umweltgesetzbuch, das sich für ein Moratorium bei Neubauten von Kohlekraftwerken und den massiven Ausbau der Energiegewinnung aus Erneuerbaren Energien ausspricht. Die Energieeffizienz von Anlagen muss deutlich verbessert und der Ersatz schädlicher Produktion durch umweltfreundliche Prozesse gefördert werden. Die ehrgeizigen Klimaschutzziele, denen sich Deutschland verschrieben hat, lassen sich nur dann erreichen, wenn auch auf der Ebene der Umweltgesetzgebung klimaschutzpolitisch gehandelt wird. Deshalb muss das Umweltgesetzbuch progressiv nicht konservativ ausgestaltet werden.

GRÜNE KONTAKTE

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt
76133 Karlsruhe 11

BUNDESTAGSABGEORDNETE:

MdB Sylvia Kotting-Uhl (siehe Bundestags-Seiten)

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA
Tel. 4709343

Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

Dr. Gisela Splett,

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6

Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiter: **Alexander Geiger**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Henrik Becker (*Fraktionssprecher*), Brühlstr. 3, 76646
Bruchsal, Tel. 07257 / 90 24 87, mail@henrik-becker.de

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und Gabi Schiller

Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5, Fax: 29 15 6

Mo- Do 9 -13, Fr 9 -12 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*)(Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt), Amthausstr. 22, 76227 KA
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

Bettina Lisbach (*stellvertretende Fraktionssprecherin*) (Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

Michael Borner (Soziales, Wohnen)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt (Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

Ute Schulze-Harzer (Kultur, Wirtschaft / Arbeit)

Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 40 213

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)

Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 88 34 20

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19,76229,Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Ursula Häffner

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe

Tel. 20 31 23 2 · Fax 20 31 23 4

buero.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de

Sprechzeiten Mo + Fr 9 - 12 Uhr und Mi 15 - 18 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

Uta van Hoffs, gruene@utavanhoffs.de

Tanja Kluth, Reichenbachstr. 12, 76227 Karlsruhe,
Tel. 0170 - 1 61 84 35

Istvan Pinter, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

Jörg Rupp, Albert-Schweitzer-Str. 17, 76316 Malsch

joergrupp@joergrupp.de

Christian Schmid-Schönbein, Sophienstr. 165, 76185 KA,
Tel. 8 40 88 64 72

Anke Weidlich (Kassiererin), Südendstr. 30, 76137 KA,
Tel. 1 74 73 30, mobil: 0176- 20 43 34 49

Arbeitskreise:

AK Frauen: Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

AK Klima: Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,

Mitja.Weinert@gmx.de

AK Lesben und Schwule: Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 856436

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Martin Pötzsche, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

Tanja Kluth, Reichenbachstr.12 ,76227 KA, Tel. 49 22 74

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199,Tel. 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerw. 31,76199,Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

Herausgeber	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Redaktion	Johannes Honné
Druck	Doris Schmitt, Karlsruhe
Auflage	260 Exemplare

Gedruckt auf *Umweltpapier*
Titelbild by *Tanja Saini*